

Medienmitteilung

Thema	Agrarpolitik 2014-2017
Für Rückfragen	Kathrin Bertschy, Nationalrätin, Tel +41 78 667 68 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, E-Mail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	26. September 2012

Agrarreform auf gutem Weg, Zahlungsrahmen ohne gezieltere Ausrichtung jedoch inakzeptabel

Die Grünliberalen sind erfreut, dass der Nationalrat die tierbezogenen Direktzahlungen endgültig abschaffen will. Diese Tierbeiträge sind heute massgeblich für Überproduktion, Umweltschäden und tiefe Einkommen für die Bauern verantwortlich. Mit der Abschaffung dieser Fehlanreize werden Milchseen endlich der Vergangenheit angehören. Inakzeptabel ist für die Grünliberalen, dass der Zahlungsrahmen weiter ausgebaut werden soll und dass eine Begrenzung der pauschalen Flächenzahlungen abgelehnt wurde. Damit wird weiterhin ein zu grosser Teil der Steuergelder ohne klare Ausrichtung auf die Verfassungsziele pauschal verteilt.

Mit der Abschaffung der tierbezogenen Direktzahlungen wird der folgenschwere Fehlanreiz beseitigt, welcher heute für die zu hohen Tierbestände verantwortlich ist. Die Folge sind Überproduktion von Fleisch und Milch, gewaltige Umweltschäden, ein Preiszerfall und daraus folgend tiefere Einkommen für die Landwirtschaft. „Mit der Abschaffung der Tierbeiträge haben wir die erste wirksame Massnahme beschlossen, damit Milchseen endlich der Vergangenheit angehören.“, fasst Kathrin Bertschy den zentralen Entscheid der neuen Agrarpolitik zusammen.

Weil mit der Einführung der Landschaftsqualitätsbeiträge und der Abschaffung der Tierbeiträge wichtige Schritte hin zu einer ökologischeren und ökonomischeren Landwirtschaft gemacht werden konnten, stimmten die Grünliberalen dem neuen Landwirtschaftsgesetz in der Schlussabstimmung zu. Dies obwohl letzte Woche bedauerlicherweise auch verschiedene unnötige Beschlüsse zugunsten einzelner Interessengruppen beschlossen wurden.

Inakzeptabler Zahlungsrahmen

Bedauerlich ist für die Grünliberalen, dass es der Nationalrat abgelehnt hat, die pauschalen Flächenzahlungen im Zahlungsrahmen zu begrenzen. Diese pauschalen Flächenzahlungen sind mit den Verfassungszielen nicht zu rechtfertigen, weil sie primär eine Intensivierung der Produktion zur Folge haben. Damit werden einmal mehr die Bauern in den Berg- und Erschwernisgebieten bestraft, welche für die Erreichung der Verfassungsziele einen zentralen Beitrag leisten. Dass der Nationalrat den Zahlungsrahmen sogar noch weiter ausbauen will, ist auch finanzpolitisch unverantwortlich. Aus diesen Gründen haben die Grünliberalen den Zahlungsrahmen abgelehnt. Für die Grünliberalen ist es inakzeptabel, dass weiterhin Milliarden Franken Steuergelder ohne direkten Bezug auf die Verfassungsziele pauschal verteilt werden sollen.